Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5027

21. 06. 96

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (20. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Winfried Wolf, Dr. Willibald Jacob, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/2358 –

Transfer von Zuwendungen in Höhe der Einnahmen aus der Kaffeesteuer in den Süden

A. Problem

Die soziale Lage der auf den Kaffeeplantagen Beschäftigten und der Kleinbauern ist als beklagenswert anzusehen.

B. Lösung

Aufforderung an die Bundesregierung, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der sicherstellt, daß ein Betrag in Höhe der Einnahmen aus der Kaffeesteuer den betroffenen Kleinbauern sowie den Genossenschaften und den Gewerkschaften der in den Plantagen Beschäftigten zur Verbesserung der sozialen Lage, der Bildung, der Umwelt und der Stärkung der Kultur zur Verfügung gestellt wird.

Ablehnung im Ausschuß mit Mehrheit

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Die Einnahmen aus der Kaffeesteuer.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Antrag – Drucksache 13/2358 – wird abgelehnt.

Bonn, den 30. Mai 1996

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Manfred Lischewski
Vorsitzender

Dr. Winfried Pinger
Berichterstatter

Brigitte Adler
Berichterstatterin

Wolfgang Schmitt (Langenfeld)
Berichterstatter

Roland Kohn
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Winfried Pinger, Brigitte Adler, Wolfgang Schmitt (Langenfeld) und Roland Kohn

I. Beratungsverfahren – allgemein

Der Deutsche Bundestag überwies den Antrag in seiner 56. Sitzung am 22. September 1995 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuß und an den Finanzausschuß.

II. Beratungsverfahren – mitberatende Ausschüsse

Der Auswärtige Ausschuß hat über den Antrag in seiner 32. Sitzung am 7. Februar 1996 beraten und mehrheitlich empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Finanzausschuß hat über den Antrag am 31. Januar 1996 beraten und ihn ebenfalls mit Mehrheit abgelehnt.

III. Beratungsverfahren – federführender Ausschuß

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat über den Antrag in seiner 28. Sitzung am 13. März 1996 beraten.

Die antragstellende Gruppe der PDS erklärte, ihr gehe es darum, an einem sehr konkreten Beispiel ein Signal zu setzen und deutlich zu machen, daß eine Relation zwischen Einnahmen und Ausgaben in diesem Feld wichtig sei.

Die Fraktion der CDU/CSU brachte zum Ausdruck, letztlich laufe der Antrag auf eine Zuordnung von bestimmten Steuereinnahmen zu bestimmten Zwecken hinaus. Eine solche Zweckbindung von Steuereinnahmen widerspreche jedoch dem deutschen Steuersystem. Deshalb werde die Fraktion der CDU/CSU den Antrag ablehnen.

Auch die Fraktion der SPD sprach sich gegen eine Zweckbindung von Steuern aus. Es wäre besser, wenn Mittel und Wege gefunden würden, den Kleinbauern gerechte Preise für ihren Kaffee zu garantieren und den auf den Plantagen Beschäftigten höhere Mindestlöhne und eine soziale Absicherung zugute kommen zu lassen, als den Umweg über eine Sammelstelle für Gelder zu gehen. Im übrigen sage der Antrag über die Form der Übergabe des Geldes letztlich nichts aus. Die Fraktion der SPD werde den Antrag ablehnen.

Von seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde die Auffassung vertreten, daß der Antrag ein ernstzunehmendes Problem anspreche, nämlich die Situation von abhängigen und selbständigen Kaffeeanbauern in vielen Ländern der Dritten Welt. Auch sie sehe jedoch in dem Antrag kein geeignetes Mittel, um an der beklagenswerten Situation etwas zu ändern. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde den Antrag ablehnen.

Auch die Fraktion der F.D.P. sah in dem Antrag kein geeignetes Mittel, das zweifellos vorhandene Problem der Abhängigkeit zu lösen, und sprach sich für seine Ablehnung aus.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung lehnte den Antrag bei Zustimmung der Gruppe der PDS mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. ab.

Bonn, den 30. Mai 1996

Dr. Winfried Pinger	**Brigitte Adler**	**Wolfgang Schmitt (Langenfeld)**	**Roland Kohn**
Berichterstatter	Berichterstatterin	Berichterstatter	Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333